

Hinweiszettel

Anfrage/Anregung

aus der Sitzung des

HFA

am

05.06.2007

Name:

Hr. Mollen

Datum: 05.06.2007

Mitglied des:

Rates

Sachverhalt

Siehe beiliegenden Antrag der
SPD-Fraktion zum Kinderbildungsgesetz
(KiBiz)

Unterschrift

Vogel

Stadt Rheine

Die Bürgermeisterin

- FR 7-VO -

Rheine, 06.06.2007

- von der Verwaltung auszufüllen -

FB

2 über UV 11
im Hause

mit der Bitte um

- unverzügliche weitere Veranlassung bzw. Bearbeitung und

- urschriftliche Mitteilung an FB 7 über das Veranlasste bis zum 27. Juni 2007

übersandt.

Sollte dem/der Unterzeichner(in) bis zum o. g. Termin bzw. bis montags vor der nächsten Sitzung keine Rückantwort vorliegen, wird in dem entsprechenden Gremium berichtet, dass seitens des Fachbereiches **keine** Stellungnahme abgegeben worden ist.

Im Auftrag

Vogel

Rheine, 19. Juni 2007

FB 7

im Hause

Stellungnahme

- ☐ Umseitige Anfrage/Anregung wurde erledigt durch
- ☐ telefonische Mitteilung an Antragsteller/in
- ☐ schriftliche Nachricht an Antragsteller/in (s. Anlage)

- ☐ Eine unverzügliche Erledigung ist nicht möglich, weil
(Vermerke über beabsichtigtes weiteres Verfahren)

- ☐ Antragsteller/in wurde schriftlich/telefonisch in diesem Sinne informiert. Die Stellungnahme wird so schnell wie möglich nachgereicht.

- ☒ Der Einladung zur nächsten Sitzung soll folgende Stellungnahme beigelegt werden:

Die Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) werden zeitnah den politischen Gremien der Stadt vorgestellt. Die Verabschiedung des Gesetzes ist für Oktober 2007 vorgesehen. Wie auf einer Informationsveranstaltung mit der zuständigen Staatssekretärin in Erfahrung gebracht werden konnte, ist mit der Verabschiedung von Durchführungsvorschriften erst nach Oktober 2007 zu rechnen. Um die von der SPD-Fraktion erwartete Folgeabschätzung erstellen zu können, ist die Verwaltung auf zusätzliche Informationen angewiesen die aktuell noch nicht vorliegen. Aus diesem Grunde kann der von der SPD-Fraktion gesetzte Termin nach der Sommerpause nicht eingehalten werden. Das Gesetzgebungsverfahren wird m.E. noch dadurch erschwert, dass die Freie Wohlfahrtspflege das im Frühjahr geschlossenen Konsenspapier zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfes am 12. Juni 2007 einseitig gekündigt hat.

Zeitaufwand f.d. Bearbeitung: 5 Minuten

Sachbearbeiter/in Tel. 9 39- 501

- ☐ Eine schriftliche Stellungnahme wird bis spätestens Montag vor der nächsten Sitzung der Schriftführerin/ dem Schriftführer für den mündlichen Bericht in der Sitzung gestellt.

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
Frau Dr. Kordfelder
Klosterstraße 14
49431 Rheine

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 06

Datum
05.06.2007

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

die SPD Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten eine Folgeabschätzung des sog. KiBiz (Kinderbildungsgesetz) für die Stadt Rheine zu erstellen und dem Jugendhilfeausschuss und dem Rat der Stadt Rheine in der jeweils ersten Sitzung nach der Sommerpause 2007 vorzulegen.

Begründung:

Der Minister für Generationen, Frauen, Familie und Integration hat am 22. 05. 2007 den Gesetzentwurf des sog. KiBiz (Kinderbildungsgesetz) ins Kabinett eingebracht. Es sind erhebliche Veränderungen gegenüber der heute gültigen Gesetzeslage für Träger und Kommunen vorgesehen. Die Verwaltung soll dem JHA und dem Rat der Stadt Rheine die zu erwartenden Veränderungen darstellen, damit eine frühzeitige Diskussion und Meinungsbildung in den zuständigen Gremien möglich ist.

Roscher